

II-12658 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6120/1

1994-02-17

ANFRAGE

der Abgeordneten Sigl
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend "Entschädigungsvertrag" für Bauern und Agrargemeinschaften entlang der
Brennerautobahn

Laut Pressemeldungen ist geplant, einen "Entschädigungsvertrag" für Bauern und Agrargemeinschaften, die entlang der Brennerautobahn ab Schönberg Ertragswälder besitzen, abzuschließen. Diese Wälder sollen auf Dauer außer Ertrag gesetzt und zur Schutzvegetation umfunktioniert werden. Eine entsprechende Abgeltung an die betroffenen Bauern und Agrargemeinschaften soll mittels einer einmaligen Pauschalzahlung erfolgen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten daher nachstehende

Anfrage:

1. Existiert in Ihrem Ressort der Entwurf eines gegenständlichen Dienstbarkeitsvertrages zwischen der Bundesstraßenverwaltung (vertreten durch die Alpenstraßen AG) sowie dem Land Tirol und den entsprechenden Grundeigentümern?
2. Worauf bezieht sich dieser Dienstbarkeitsvertrag?
3. Soll durch diesen Dienstbarkeitsvertrag auch eine Abgeltung für etwaige zukünftig eintretende Ertragseinbußen auf Seiten der Grundeigentümer stattfinden?
4. Wie hoch soll der einmalige Abgeltungsbetrag sein?
5. Aus welchen Mitteln soll dieser Abgeltungsbetrag finanziert werden?

6. Können Sie ausschließen, daß aus diesem Dienstbarkeitsvertrag Folgewirkungen für andere Autobahnen, Schnellstraßen oder Bundesstraßen und damit für das Bundesbudget entstehen?
7. Wurde hinsichtlich des gegenständlichen Dienstbarkeitsvertrages eine Stellungnahme des Rechnungshofes bzw. der Finanzprokuratur eingeholt?
8. Dem Vernehmen nach stieß ein derartiger Dienstbarkeitsvertrag jahrelang auf Einwendungen der betroffenen Straßensondergesellschaften. Ist Ihrem Ressort bekannt, aufgrund welcher Umstände der nunmehrige Meinungsumschwung in der Alpenstraßen-AG stattgefunden hat?
9. Gibt es Planungen in Ihrem Ressort, hinsichtlich derartiger Dienstbarkeitsverträge eine bundeseinheitliche Vorgangsweise in die Wege zu leiten?